

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



Die Grünen im Umfragehoch

landesverband | Seite 4

Reise in die schleswig-holsteinische Revolution

landtag | Seite 5

CCS-Gesetz: Versprechen nicht eingehalten

bundestag | Seite 9





Liebe Freundinnen und Freunde,

bei der Vorbereitung für diese Grüne Welle stach mir heute das Erscheinungsdatum ins Auge: der 11. September. Immer wieder ein Tag des Gedenkens und Nachdenkens.

Auf dem letzten Parteitag im Mai hatten wir ein sehr spannendes und ernsthaftes Diskussionsforum zum Thema Afghanistan und wir werden dafür auch weiterhin Raum in der Partei schaffen, um diese so schwierige Diskussion gerade für uns Grüne nicht unter den Tisch fallen zu lassen.

Am 11. September 2010 gehen wir Grüne wieder als Teil eines breiten Bürgerrechts-Bündnisses auf die Berliner Straßen. Unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ setzen wir ein Zeichen gegen eine ausufernde Überwachung und für einen selbstbestimmten Umgang mit unseren Daten.

Dieser Herbst konfrontiert uns auch mit anderen Themen: Mittlerweile ist die Wahlklage und ihre Folgen entschieden und ich kann nur hoffen, dass unsere Auffassung von einer

demokratischen Zusammensetzung des Landtages gesiegt hat, wenn ihr diese Ausgabe der Grünen Welle in den Händen haltet.

Erneut werden wir zum Widerstand gegen die unverantwortliche Atomkraft aufrufen. Bei der Großdemonstration in Berlin am 18. September, bei den Protesten gegen die Castortransporte im Herbst und nicht zuletzt bei den zahlreichen Aktionen vor Ort.

Auch die Sparmaßnahmen der Landesregierung haben uns auf die Straße gebracht. Natürlich wissen wir, dass wir aus der Opposition nicht jeden Protest ohne Prüfung unterstützen können, aber ein Schleswig-Holstein, das seine Zukunft und die Bildung der kommenden Generationen vernachlässigt, ist nicht unseres. Da halten wir gegen.

Macht alle mit! Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass unsere Stimme nützt - auch und vielleicht gerade in der Opposition.

Eure Eka von Kalben

„Kürzt nicht meine Zukunft !!!!“

Fotos: Isabel Sadevasser





Grüne Bundestagsfraktion

Die Wahl zur Bundesversammlung

Von Marlene Löhr

Am 30. Juni wurde ein neuer Bundespräsident gewählt. Für den Landesverband der Grünen in Schleswig-Holstein fuhren Marlene Löhr (Landesvorsitzende), Robert Habeck (Fraktionsvorsitzender) und Mukhtaar Sheekh Cali aus Kiel zur Wahlversammlung nach Berlin, um ihre Stimme abzugeben.

Ein wertvoller Dialog über Demokratie

Diese Präsidentschaftswahl hatte etwas Besonderes. Nicht nur deswegen, weil Christian Wulff drei Anläufe brauchte, um letztendlich gewählt zu werden, sondern auch weil die Diskussion im Vorwege der Wahl etwas sehr Wertvolles für unsere Demokratie war. Wie schon seit langem nicht mehr haben sich viele Menschen darüber Gedanken gemacht, wer an der Spitze dieses Landes stehen und es repräsentieren soll. Dies ist vor allem der Verdienst von Joachim Gauck und es zeigt uns, dass solche grundlegenden Debatten in der hektischen Tagespolitik oftmals zu kurz kommen, obwohl sie ein unverzichtbarer Teil unserer Demokratie sein müssten.

Mukhtaar hat uns seinen Eindruck zu Präsidentschaftswahl ganz persönlich geschildert:

Meine Partei und ich

Joachim Gauck ist nicht gewählt worden, aber eines ist noch deutlicher geworden: Bündnis 90/Die Grünen ist nicht eine ideologische Partei, sondern eine Partei, die nur eines im Auge hat, nämlich eine vernünftige Politik für unsere Gesellschaft.



Die Nominierung von Herrn Gauck als Präsidentschaftskandidat in Deutschland hat mein Vertrauen zu den Grünen noch bekräftigt. Hier möchte ich meiner Partei danken, dass sie mich als Wahlmann vorgeschlagen hat. Ich will mit euch diese Demokratie weiter gestalten und mit verteidigen. Zum Glück habe ich geeignete Gesellschaft mit einer Partei, die sich für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft unermüdlich einsetzt. Ich bin froh, mit euch eine Politik machen zu dürfen, die am Ende uns allen zu Gute kommt. ●

Neuentreff im Landeshaus

Von Eka von Kalben

Am 21. Juni haben wir zu unserem jährlichen Treffen mit neuen Mitgliedern und Interessierten ins Landeshaus eingeladen. Überwältigt waren wir von den vielen Anmeldungen und Teilnehmenden. Eine Mitarbeiterin des Landtages führte die Gruppe durch die Räume des Landeshauses und gab Einblick in die Arbeit des Landtages.

Marlene Löhr und ich berichteten von den Aufgaben der Landespartei. Robert Habeck und Monika Heinold aus der Arbeit der Fraktion.

Besonders spannend war der Beitrag von Ruth Kastner aus Bargteheide, die berichtete, wie sich der Ortsverband neu gründete. Aus einer kleinen Gruppe Menschen, die etwas verändern wollten, hat sich ein mittlerweile sehr stabiler und aktiver Kreis gebildet.



Auf der Kieler Woche haben wir das Treffen ausklingen lassen. Uns hat es Mut gemacht, dass es immer wieder so viele Menschen in Schleswig-Holstein gibt, die sich für eine nachhaltige und gerechte Grüne Politik einsetzen wollen. ●



Niko Korte, pixelio.de

Die Grünen im Umfragehoch

Von Eka von Kalben

Der Sommer bescherte uns ein Wetter- und ein Umfragehoch. Es werden immer mehr Menschen, die uns - zumindest in Sonntagsumfragen - ihre Stimme geben. Die letzten Umfragewerte sind wirklich überraschend: Schleswig-Holstein: 20 Prozent (IfM 3.4.10), Baden-Württemberg: 20 Prozent (Infratest 27.7.), Bund: 19 Prozent (Forsa 28.7.) und Berlin stärkste Partei mit 27 Prozent (Forsa 30.7.). Und auch wenn in Hamburg nach dem Entscheid um die Schulreform und dem Rücktritt des Bürgermeisters ein Einbruch zu verzeichnen war, so liegen wir auch dort noch deutlich höher als die FDP.

Dieser prozentuale Höhenflug ist kein Grund für uns übermütig zu werden. Der schlechte Auftritt von Schwarz-Gelb in der Regierung, die ihr eigenes Klientel genauso abschreckt wie die Opposition, die Schwächung der SPD auch durch die erstarkten Linken und grundsätzlich die Gliederung des Parteiensystems in ein breiteres Spektrum: All das lässt den Abstand zwischen den Grünen und den traditionellen Volksparteien schmelzen.

Sind wir Grünen deshalb eine Volkspartei?

Als Volkspartei bezeichnet sich eine Partei, die für Menschen aller gesellschaftlicher Schichten und unterschiedlicher Weltanschauungen im Prinzip offen sein will. Das ist schwierig, weil es den Verlust eines Wertekanons bedeuten kann. Gleichzeitig ist die Offenheit auch notwendig, da Politik immer auch Ausgleich von unterschiedlichen Interessen bedeutet. Zwischen Parteien, innerparteilich - und wie man in Hamburg sieht - auch manchmal zwischen Politik und Bevölkerung.

Doch was bedeutet das für uns? Wie schaffen wir es als Partei, mit dieser neuen Rolle, die uns im politischen Spektrum offensichtlich eine größere Bedeutung gibt, umzugehen?

Gerade die Ereignisse in Hamburg um die Schulreform zeigen aus meiner Sicht eine Diskrepanz. Wir werden als Partei positiv wahrgenommen: Glaubwürdig, modern, weltoffen. Da können viele WählerInnen mitgehen, die sich auch als modern und weltoffen sehen. In dem Moment aber, wo es vielleicht an die eigenen Pfründe geht, zum Beispiel an die Gymnasialausbildung der eigenen Kinder, damit die Bildungsverlierer unserer Gesellschaft mehr Chancen haben, in dem Moment war das dann doch nicht so gemeint mit der Bildungsgerechtigkeit. Gerecht soll es doch vor allem für das eigene Kind sein, im Vergleich z.B. zum Gymnasialkind in Bayern.

Was wird es für uns bedeuten, wenn wir auf Grund unserer hohen Wählergunst mitregieren, wenn wir Sparmaßnahmen durchsetzen müssen, wenn wir die Steuern tatsächlich in dem Umfang erhöhen, damit wir eine gerechte Gesellschaft gestalten können. Wird uns die Mittelschicht dann treu bleiben? Und werden wir als Partei dann den Spagat schaffen, unserer Linie treu zu bleiben, wohl wissend, dass uns die Wählerschaft dann verloren gehen kann?

Ich bin überzeugt, dass uns dies gelingen wird. Wir haben keine Alternative, denn wenn wir Schleswig-Holstein, die Bundesrepublik und die EU dazu bringen wollen, eine gerechte, eine klimafreundliche, eine nachhaltige Politik zu machen, dann müssen wir auch die Chance zur Verantwortung übernehmen in Regierungen oder in der Opposition.

Die Grünen als Partei mit wachsender Bedeutung sind eine großartige Chance und eine noch größere Herausforderung.

Ich freue mich darauf.

► **Leserbriefe zur Grünen Welle bitte per Mail an Eka-von-Kalben.de. Sie werden dann auf der homepage veröffentlicht.**

Reise in die schleswig-holsteinische Revolution

Von Robert Habeck

Wer das Landeshaus schon mal besucht hat, ist wahrscheinlich durch die Beselerallee oder die Olshausenstraße gefahren – aber wer waren die Menschen hinter den Namen? Und wieso ist die Landesfahne blau-weiß-rot?



Mit Dr. Jens Ahlers, dem Leiter der Landesbibliothek vor der „Proklamation der provisorischen Regierung“ von Hans Olde

Jeden Sommer schwärmen MinisterInnen und Fraktionsvorsitzende aus, um sich auf so genannten Sommerreisen Biogasanlagen oder Betriebe anzuschauen. Auch ich habe eine Sommerreise unternommen – eine Reise in die Landesgeschichte, eine Reise in die schleswig-holsteinische Revolution. Ich stöberte durch die Landes- und Stadtarchive, legte verschollene Spuren schleswig-holsteinischer Politiker frei, (leider war Frauen die politische Emanzipation damals untersagt), besuchte die Orte der schleswig-holsteinischen Erhebung, traf WissenschaftlerInnen, ProfessorInnen und HeimatkundlerInnen und entdeckte Geschichten hinter der Landesgeschichte.

Denn was als Kampf gegen die dänische Monarchie endete, jenes „Up ewig ungedeelt“, das die Städteversammlung 1844 zur Unabhängigkeitsforderung gegen Dänemark umdeutete, begann als Freiheitsstreben des Bürgertums, war Teil der Freiheitsbewegung des deutschen Vormärzes. In Opposition zu den absolutistischen und monarchistischen Bestrebungen und unter dem Eindruck der Französischen Revolution forderten Männer wie Olshausen und Beseler die Errichtung eines Rechtsstaats mit liberaler Verfassung.

Und anders als in anderen Ländern, wurde diese Verfassung in Schleswig-Holstein tatsächlich auch Wirklichkeit. Damals war Schleswig-Holstein noch dänisch und die Erhebung mündete in den ersten Krieg mit Dänemark und verband sich mit der nationalen Frage nach der Einheit Deutschlands. Doch ihre Wurzeln sind freiheitlich und die Einengung auf den Krieg verkennt das Eigentliche. Der Gründungsimpetus des Landes entstammt einer linksliberalen Geisteshaltung. Die Gegenwart des Landes gehört schon lange nicht mehr der CDU, mag sie die Landesfahne oder das Wappen auf ihr Logo drucken wie sie will. Neue Kräfte müssen Land und Politik in Schleswig-Holstein erklären. Aber dass Schleswig-Holstein auch in der Vergangenheit nicht nur flach, dumpf und schwarz war, ist meine Entdeckung des Sommers!

Dazu passt ganz gut, dass die Landesfahne eigentlich blau-rot-weiß sein sollte, blau für den Landesteil Schleswig, weiß für das holsteinische Nesselblatt und rot als Bindeglied zwischen beiden, wie der Rahmen des Nesselblattes und wie



Mit Prof. Dr. Hering, Archivdirektor Landesarchiv SH und Prof. Dr. Schliesky beim Lorenz-von-Stein-Institut

die Zunge der Löwen. Also hätte es in die Mitte gemusst. Nur die Näherinnen, die zum Schleswiger Sängerfest 1844 die Fahne erstmals zusammen nähen sollten, fanden dieses Arrangement hässlich. So wanderte Weiß in die Mitte – im Kern der Landesidentität steht die Freiheit, nicht zu allem JA zu sagen...

▶ Mehr Infos: www.sh.gruene-fraktion.de



Von links: Rasmus Andresen, Luise Amtsberg, Thorsten Förter, Anke Erdmann und Robert Habeck

Gute Uni geht anders

Von Rasmus Andresen

Die Hochschulpolitik hat in Schleswig-Holstein in den letzten Wochen einen traurigen Tiefpunkt erreicht. Am offensichtlichsten waren die fatalen Kürzungspläne bei den grenzüberschreitenden Wirtschaftswissenschaften an der Universität Flensburg und den international renommierten Medizinstudiengängen an der Universität Lübeck.

Wissenschaftspolitik in Schleswig-Holstein findet nicht mehr statt. Studiengänge werden gestrichen, obwohl diese fachlich hervorragend bewertet werden und volkswirtschaftlich

dringend nötig sind. In einer arroganten Art betreiben Wissenschaftsminister Jost de Jager und FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki ihre Politik gegenüber den AkteurInnen an den Hochschulen.

Wir wollen diesen Herbst dafür nutzen, einen Aufschlag für eine andere, eine bessere, Hochschulpolitik zu machen. Einer Hochschulpolitik, die nicht nur in Berlin um Hilfe schreit. Wir wollen alle AkteurInnen vernetzen und uns selbst hochschulpolitisch besser aufstellen. Ihr seid herzlich zum Mitmachen eingeladen. ●

Klugs Chaosmacher

Schulpolitik und Sparbeschlüsse treffen Schulen und Kitas

Von Anke Erdmann und Paul Walczak

Was diese Regierung in kurzer Zeit an Porzellan zerschlägt, ist unfassbar. Im Schulbereich bringt der Minister seit Anfang des Jahres die Schullandschaft gegen sich auf – mit unausgehandelten Vorschlägen zum Turbo-Abi und G9, zur Wiedereinführung der Realschulen und mit Stolpersteinen für die Gemeinschaftsschulen.

Außerdem spart Schwarz-Gelb massiv bei Schulen und Kitas: Jede sechste Lehrerstelle soll bis 2020 wegfallen, viele Lehrkräfte müssen nach den Ferien mehr unterrichten. Kürzungen bei den dänischen Schulen stehen an und Zuschüsse zur Schülerbeförderung sollen wie das beitragsfreie Kita-Jahr einkassiert werden: Macht rund 47 Millionen Euro weniger für die Bildung. Darüber hinaus sollen aus den Schulen mehr als 4.000 Stellen „rausgeholt“ werden.

Kitas sollen als Ausgleich jährlich 10 Millionen Euro mehr vom Land bekommen. Doch während die Einsparung des beitrags-



Was diese Regierung in kurzer Zeit an Porzellan zerschlägt, ist unfassbar

freien Kita-Jahres mit 35 Millionen Euro im Schweinsgalopp beschlossen wurde, lässt das Trostpflaster noch auf sich warten. Wenn die Regierung diesmal ihr Versprechen hält, wäre das fast eine kleine Sensation... ●



Landeshaushaltsplan Schleswig-Holstein

Schwarz-Gelb und der Rotstift

Von *Monika Heinold*

CDU und FDP ersetzen Dialog und Fachlichkeit durch Basta-Politik. So wird man die BürgerInnen nicht dafür gewinnen können, die notwendigen Sparmaßnahmen mitzutragen.

CDU und FDP haben sich aufgemacht, den Landeshaushalt zu sanieren. Lautstark verkünden sie, dass sie ein schlüssiges Sparkonzept hätten und dass jeder, der einen Stein aus diesem Konzept heraus nähme, ihn durch einen anderen Spar-Stein ersetzen müsse. So richtig das Ziel ist, Einnahmen und Ausgaben des Staates in Übereinstimmung zu bringen, so falsch ist der von CDU und FDP gewählte Weg. Denn sie machen vier zentrale Fehler.

Erstens: CDU und FDP haben keine Vision für unser Land, die BürgerInnen können nicht erkennen, wo Schleswig-Holstein nach zehn Jahren der Haushaltskonsolidierung stehen würde. Wie kann sich die Bildungslandschaft trotz des engen Finanzrahmens so entwickeln, dass alle Kinder gute Bildungs- und Ausbildungschancen erhalten? Wie kann Schleswig-Holstein seine Verantwortung für den Klimaschutz wahrnehmen? Ohne politische Ziele verkommt Haushaltspolitik zu einer Kurzfrist-Rotstiftpolitik, wo der Schaden größer wird als der Nutzen.

Zweitens: Ob Schleswig-Holstein das in der Verfassung vorgegebene Ziel – Senkung der Nettoneuverschuldung bis 2020 auf null – tatsächlich erreichen wird, steht in den Sternen. Aus dem von Schwarz-Gelb vorgelegten Konzept geht es zumindest nicht hervor. Wir brauchen Ehrlichkeit und Transparenz:

Die Landesregierung muss eine Finanzplanung bis 2020 vorlegen.

Drittens: CDU und FDP ersetzen Dialog und Fachlichkeit durch Basta-Politik. Die Sparmaßnahmen wurden in einer kleinen Kungelrunde erarbeitet, die Beratungsunterlagen werden wie Geheimdokumente behandelt, die Opposition wird ausgegrenzt. Die Koalitionspartner haben noch immer nicht verstanden, dass es um mehr geht, als um die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes. Es geht um die Frage, wie wir unser Land unter der Rahmenbedingung der Schuldenbremse neu gestalten wollen. Dazu bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Die BürgerInnen müssen die Chance erhalten, mitzudiskutieren, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen, wo Einschnitte möglich sind und wo Einnahmen erhöht werden sollen.

Und Viertens: Mit ihrer Zustimmung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat haben sich CDU und FDP komplett unglaubwürdig gemacht. Die Steuergeschenke der Jahre 2008 und 2009 haben die öffentlichen Kassen in unglaublicher Höhe ausgeplündert. Dem Land fehlen dadurch Jahr für Jahr 400 Millionen Euro, den Kommunen 280 Millionen Euro. Diese Steuerpolitik ist verantwortungslos. Das Zukunftswort heißt nicht Steuersenkung, sondern Steuererhöhung. An einem solidarischen Sparpaket müssen sich alle beteiligen - auch Besserverdienende, Vermögende, Banken und Finanzjongleure. ●

Biomasse nachhaltig nutzen - aber keine Monokulturen fördern

Von **Bernd Voß**

Mit dem Erneuerbaren Energiengesetz (EEG) haben wir in der Biomassenutzung eine beeindruckende technische Entwicklung ausgelöst: Seit 1999 stieg die Zahl der Biogasanlagen in Deutschland von 850 auf 5000, die elektrische Leistung von 49 MW auf fast 2000 MW. Das entspricht der Leistung von zwei Atomkraftwerken.

Durch einen gesetzlichen Bonus für nachwachsende Rohstoffe wurde vor allem der Maisanbau verstärkt. Mais hatte sich in den letzten 15 Jahren in Schleswig-Holstein schon als Viehfutter ausgebreitet. Die „Vermaisung“ ist inzwischen allgegenwärtig. Langsam setzt sich aber immer mehr die Erkenntnis durch, dass mit dieser Konzentration auf eine Nutzpflanze andere, für Umwelt und Klima wirksamere Entwicklungen verhindert werden. Die Monokulturen führen zu einer Verarmung der Artenvielfalt in der Natur, aber auch bei den Nutzpflanzen. Sie können eine Belastung für den Wasserhaushalt sein und führen zu einer hohen Abhängigkeit von Saatgut und Pestiziden.

Mit unserem Landtags-Antrag „Biomasse nachhaltig nutzen“ wollen wir erreichen, dass die Landesregierung über eine Bundesratsinitiative Änderungen im EEG und im Baugesetzbuch erwirkt. Nur dezentral, vielfältig und an die natürlichen Bedingungen angepasst kann Biomassenutzung einen



Mit der zunehmenden „Vermaisung“ werden andere, für Umwelt und Klima wirksamere Entwicklungen verhindert

effizienten und klimawirksamen Beitrag zum Ziel „100 Prozent Erneuerbare Energien“ leisten. Umweltministerin Dr. Rumpf erklärte aber, man werde nicht handeln. Die Landesregierung hat also auch dort keinen Gestaltungswillen, wo es kein Geld kostet. ●

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

Von **Thorsten Fürter**

Immer wieder werden Bundes- und Landesregierungen CDs mit Datensätzen von deutschen SteuerhinterzieherInnen zum Kauf angeboten. Allein die Tatsache, dass es diese CDs gibt, führt zu massenhaften Selbstanzeigen: seit Februar 2010 insgesamt 22.415, darunter 512 in Schleswig-Holstein und damit verbunden Steuerermehreinnahmen von 1,5 Mrd. Euro (Der Spiegel vom 26.7.2010). Diese SelbstanzeigerInnen zahlen Steuern samt Zinsen nach und bleiben dafür straffrei. Steuerhinterziehung ist aber dennoch kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat.

Die Argumentation der FDP gegen den Ankauf der Steuer-CDs ist scheinheilig, weil die Rechtsstaatlichkeit vorgeschoben wird, um StraftäterInnen zu schützen. Auch KronzeugInnen werden bevorzugt behandelt, um große Verbrechen zu ahnden. Nach Ansicht des Datenschutzbeauftragten von

Schleswig-Holstein, Thilo Weichert, gibt es keine zwingenden rechtsstaatlichen Einwände gegen den Ankauf einer Steuer-CD.

Der Ankauf oder auch nur die Prüfung eines Ankaufs von Datensätzen hat auch eine präventive Komponente. Die SteuerhinterzieherInnen, die ihr Geld in vermeintliche Steueroasen geschafft haben, müssen immer damit rechnen, dass sie doch auffliegen. Insoweit wird die Steuerehrlichkeit deutlich gestärkt.

In Schleswig-Holstein haben laut Presseberichten die Selbstanzeigen seit Februar 2010 zu mehr als 68 Mio. Euro an zusätzlichen Einnahmen für den Landeshauhalt geführt. Das ist das Doppelte der Kosten eines beitragsfreien Kita-Jahres. ●

CCS-Gesetz: Versprechen nicht eingehalten und Probleme ungelöst

Von Ingrid Nestle

Letztes Jahr haben nicht zuletzt wir Bürgerinnen und Bürger aus Schleswig-Holstein ein CCS-Gesetz auf Bundesebene verhindert.

Jetzt hat die Regierung einen neuen Entwurf vorgelegt. Es gibt einige kleine Verbesserungen, doch die Grundstruktur ist die gleiche geblieben. Schwerwiegende Kritikpunkte bleiben bestehen und ein großes Versprechen wurde nicht eingelöst: Die von Umweltminister Röttgen versprochene Klausel für die Länder, sich dem Gesetz nicht anschließen zu müssen (Opt-Out-Klausel), existiert nicht. Das ist für Schleswig-Holstein besonders heikel.

Das Bundesumweltministerium argumentiert, angeblich könne CCS durch eine Änderung der Raumordnung vermieden werden. Jedoch ist eine „Verhinderungsplanung“ in der Raumordnung rechtlich nicht zulässig. Unsere Rechtsauffassung wird auch vom Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein geteilt. Jetzt muss auch Peter Harry Carstensen Farbe bekennen. Er hatte versprochen, keine CO₂-Depotierung in Schleswig-Holstein zuzulassen.

Veranstaltungen im Flensburger Wahlkreisbüro

Montag, 18.10.2010 • 19:00 Uhr
Energiepolitik – Berlin Aktuell

Donnerstag, 4.11.2010 • 19:00 Uhr
Neue Jobs durch neue Energien

Montag, 15.11.2010 • 19:00 Uhr
Euer Thema! Vorschläge an:
ingrid.nestle@wk.bundestag.de



Ein großer Erfolg - deshalb muss der Protest weitergehen

Doch unsere Kritik geht weiter. Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung wurde eine Obergrenze für die CO₂-Verpressung gesetzt – aber sie ist mit 8 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr viel zu hoch und somit quasi wirkungslos.

Die einlagernden Konzerne werden nur 30 Jahre für etwaige Leckagen haftbar gemacht – aber die Speicher müssten zehntausend Jahre dicht halten.

Auch die von den Betreibern zu bildenden Rücklagen sind mit 1-2 Mio. Euro pro Jahr viel zu niedrig - sie decken keinesfalls die Risikokosten. Allein die Bürokratiekosten für die öffentliche Hand liegen bei 7,5 Mio. Euro pro Jahr. ●

Wahlkreisbüro Flensburg


Ellen Kittel-Wegner
Angelburger Str. 66, 24937 Flensburg
Telefon 0461 - 50 53 80 13
Telefax 0461 - 50 53 80 14
ingrid.nestle@wk.bundestag.de

Regionalbüro Kiel

Claudia Prehn
Wilhelminenstr. 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 - 5 57 82 62
Telefax 0431 - 5 57 82 24
ingrid.nestle@wk2.bundestag.de

Bundestagsbüro

Dagmar Kersten, Markus Meyer,
Sarah Elze, Elena Scheiber
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 - 227 7 15 00
Telefax 030 - 227 7 60 63
ingrid.nestle@bundestag.de

 www.ingrid-nestle.de

Entscheidende Demo gegen Atom am 18.9. in Berlin

Wir alle wollen, dass das Thema endlich vom Tisch kommt und die AKWs vom Netz gehen! Dafür ist der 18.9. besonders wichtig: 10 Tage, bevor in Berlin das Kabinett über das Energiekonzept und die Laufzeitverlängerung entscheidet, soll Frau Merkel Ohrensausen von unserem Protest bekommen! Infos über Busse unter www.ingrid-nestle.de oder www.gruene.de/themen/atomkraftschluss-jetzt.html

Mehr Schutz für Beschäftigte durchsetzen – Arbeite mit am grünen Gesetzentwurf!

Von Konstantin von Notz

2008 war das Jahr der Datenskandale: LIDL filmte heimlich das Kassenspersonal und setzte Detekteien auf einzelne MitarbeiterInnen an. Die Deutsche Bahn flog damit auf, gleich die Kontodaten der gesamten Belegschaft heimlich mit Kontodaten von Lieferanten abgeglichen zu haben, einzelne E-Mails des Betriebsrates erreichten nie ihre Adressaten. Ähnlich Praktiken kamen bei der Deutschen Bank und bei der Telekom ans Licht. Die von der Großen Koalition im Jahr 2009 geschaffene Mini-Regelung zum Arbeitnehmerdatenschutz gilt als Fehlschlag, weil sie lediglich neue Fragen aufgeworfen hat, ohne die bestehenden auch nur ansatzweise zu lösen. Nun hat das Innenministerium einen neuen Gesetzesentwurf zum Beschäftigten-datenschutz vorgelegt, über den die Koalition aber offenbar - einmal mehr- heillos zerstritten ist.

Zwar ist die Bereitschaft des Bundesinnenministeriums, sich dem Themenfeld überhaupt zuzuwenden, grundsätzlich zu begrüßen. Insgesamt sehen wir in dem

vorgelegten Gesetzentwurf jedoch keinen höheren Schutz für die Beschäftigten vor einer ausufernden Überwachung und weitreichenden Kontrolle am Arbeitsplatz. Aus diesem Grund haben Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der BT-Fraktion, und ich beschlossen, gemeinsam einen eigenen - sehr ausführlichen - Gesetzentwurf vorzulegen, der Lösungen für die aus unserer Sicht drängendsten Probleme des Beschäftigten-datenschutzes bereithält.

Neuland haben wir damit betreten, den Entwurf auch online zur Diskussion zu stellen. In einem eigens eingerichteten Blog können Interessierte sich an der Ausarbeitung der Initiative beteiligen. Die bisherige Resonanz ist überwältigend positiv. Wenn auch Ihr Euch bei der Ausgestaltung des zukünftigen Arbeitnehmerdatenschutzes beteiligen oder einfach mal reinschauen wollt, könnt Ihr dies tun unter:

www.beschaeftigten-datenschutz.de ●



Auch dieses Jahr sind wir wieder dabei, wenn ein breites Bündnis am **11. Sept. 2010** in Berlin für „Freiheit statt Angst“, gegen ausufernde staatliche Überwachung, für starke Bürgerrechte und mehr Datenschutz auf die Straße geht.

Am Vorabend der Demo veranstalte ich eine netzpolitische Soirée zum Thema **„Freiheit und Überwachung in der digitalen Welt“**, zu der wir neben Renate Künast und dem schleswig-holsteinischem Landesdatenschutzbeauftragten Thilo Weichert auch Jeff Jarvis, einen der Internetgurus aus den USA, gewinnen konnten.

Einen Erfahrungsbericht von der Demo und unserer Veranstaltung findet Ihr in unserem neu eingerichteten Blog www.gruen-digital.de.

Wahlkreisbüro

Katharina Bartsch
Marc Ziegelitz
Hans Schneider
Marktstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 - 83 07 00
Telefax 04542 - 9 85 48 86
konstantin.notz@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Bettina Künzel (Sachbearbeitung)
Jörn Pohl (SH, Netzpolitik)
Nils Leopold (Innenpolitik)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 - 227 7 21 22
Telefax 030 - 227 7 68 22
konstantin.notz@bundestag.de

▶ www.von-notz.de

Was passiert da vor unserer Haustür?

Die Katastrophe im Golf von Mexiko hat den Fokus auf die Nordsee gelenkt

Von Valerie Wilms

Das Öl sprudelte und sprudelte und alle konnten es live im Internet verfolgen: Das Desaster im Golf von Mexiko hat gezeigt, welche Risiken heute eingegangen werden, um die letzten Tropfen aus der Erde zu pressen.

Bislang war das einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt. Vieles am Meeresgrund blieb im Verborgenen, denn nur Wenige verfügen über die Technik, um in große Tiefen vorzudringen.

Der Fokus wurde so auch auf die Nordsee gelenkt, denn auch hier wissen wir vielfach nicht, was dort draußen unter dem Meeresspiegel geschieht. In deutscher Zuständigkeit wird nur eine Ölplattform betrieben. Die Mittelplate steht direkt im UNESCO-Welterbe Wattenmeer, gilt aber nach bisherigem Stand als sicher. Skepsis ist trotzdem angebracht: Noch während der Katastrophe am Golf wurde insgeheim die Förderlizenz um dreißig Jahre verlängert – obwohl das Öl nur noch elf Jahre reicht. Beabsichtigt man hier nach weiteren Quellen zu bohren?

Auch sonst sind viele Fragen rund um die Rohstoffförderung im Meer offen und meine Nachfrage an die Bundesregierung hat die Defizite deutlich gemacht: Die Haftung von Konzernen bei Katastrophenfällen ist unzureichend. Schon für Atomunfälle ist die Deckungsvorsorge – also eine Art Fonds, aus dem Kompensationen geleistet werden können – viel zu gering. Für Ölunfälle ist sie gar nicht vorgeschrieben. Dazu macht die Antwort klar: Bisher gibt es nur Regelungen für Ölunfälle auf Schiffen – für Ölplattformen jedoch nicht. Im Falle einer Katastrophe kann es damit passieren, dass entweder niemand oder letztendlich der Steuerzahler zahlt. Mit den jetzigen Regelungen besteht ein Anreiz, die Plattformen von Subunternehmen betreiben zu lassen. Diese könnten die Gewinne abführen und im Schadensfall



Auch im Watt wird nach Öl gebohrt

schnell pleite gehen – die Geschädigten würden dann am Ende allein dastehen. Bundesregierung und EU müssen hier also schnell aktiv werden.

Neben diesen gesetzlichen Defiziten gilt die Hauptkritik aber den Betreibern von Plattformen – und hier vor allem BP. Unserer Einladung in den Umweltausschuss wollte man nicht folgen, da man erst die Untersuchungen abwarten müsse, bevor Aussagen und Schlussfolgerungen über die Sicherheit der Technik getroffen werden könnten. Gleichzeitig hat BP aber kein Problem, im Mittelmeer in noch größerer Tiefe nach Öl zu bohren und kündigt sogar an, langfristig an der Ausbeutung der Ölfelder im Golf von Mexiko festhalten zu wollen. BP fördert auch in der Nordsee und keiner weiß, ob der Konzern irgendwelche Konsequenzen

aus der Katastrophe gezogen hat. Es wird Zeit ihn dazu zu zwingen und ernsthaft darüber nachzudenken, ob wir die Produkte von BP wirklich noch kaufen müssen.

Mehr Informationen unter: www.valerie-wilms.de/maritime-politik/meeresschutz ●

Wahlkreisbüro

Heinrich F. Kut
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 - 55 39 85
Telefax 04101 - 55 39 86
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Matthias Schröder
Lucia Dietmeier
Margret Wurm
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 - 227 7 16 82
Telefax 030 - 227 7 62 89
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de

Infos und Termine

Neuer Studentischer Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle ist Sönke Wendland.

Sönke ist Student der Politikwissenschaft, Literatur und Medien sowie Musikwissenschaft an der CAU Kiel und leidenschaftlicher Geocacher.

Kontakt: soenke.wendland@sh-gruene.de
Tel.: 0431/59 33 8 -11



*Sönke Wendland
Studentischer
Mitarbeiter*

▶ Mehr Infos: www.gruene.sh.de

07. September 2010:

Diskussionsveranstaltung „Frieden in Afghanistan – wie kann der Krieg beendet werden?“, Kiel

11. September 2010:

Demonstration „Freiheit statt Angst“, Berlin

12. September (?) 2010:

Kleiner (?) Parteitag, Lübeck (?)

18. September 2010:

Anti-Atom-Demonstration, Berlin

26. September 2010:

Internationales Sommerfest der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht, Kiel

Ende Oktober/ Anfang November:

Protest gegen Castor-Transporte, Grüne Schleswig-Holstein fahren nach Gorleben

11. Dezember 2010:

Kleiner Parteitag

▶ Mehr Termine: www.sh.gruene.de

Impressum

grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel, Telefon 0431-59338-0, Telefax 0431-59338-25, E-Mail: lv.sh@gruene.de, www.sh.gruene.de.

fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431-988-1500, Telefax 0431-988-1501, E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, www.sh.gruene-fraktion.de

berlin-report: Ingrid Nestle, Dr. Konstantin von Notz, Valerie Wilms, Platz der Republik 1, 10111 Berlin, Telefon 030-227-71500, Telefax 030-227-76063 (Ingrid Nestle)

Redaktion grüne welle + fördewind: Claudia Jacob, **Gestaltung grüne welle + fördewind:** Bettina Aust, **Redaktion und Gestaltung**

berlin report: Claudia Prehn